

Wir zahlen nichts! Raus!

Notstand als Notlösung der Herrschenden in Griechenland?

Die Herrschenden Griechenlands setzen auf Konfrontation. Während der Demonstration der Streikenden des Generalstreiks am 15. Juni wurde der Zehntausende zählende PAME-Demonstrationszug angegriffen, als er den Syntagma-Platz in Athen passierte und von großen Teilen der sogenannten "Empörten" beklatscht wurde, die in den Parolen der PAME in anderem Wortgewand auch ihre eigenen Forderungen "Wir schulden nichts - wir verkaufen nichts, wir zahlen nichts - raus!" wiederfanden.

Bei den Kundgebungen der folgenden Tage stand immer wieder die offenbar neue politische Strategie der Konfrontation durch die im Auftrag des internationalen sowie inländischen Kapitals agierende Papandreou-Regierung im Mittelpunkt. Der Ministerpräsident eines souveränen Staates sei von Frau Merkel zum Rapport zitiert worden, hieß es in den hitzigen Debatten auf der Straße. Die deutsche Kanzlerin habe ein Ende der untauglichen Streitereien zwischen den großen Parteien PASOK und



Nea Dimokratia angemahnt. Die hätten endlich im Schulterschluss den Vorgaben des Kapitals und der Troika aus IWF, EU-Kommission und EZB zu folgen, wie zuvor in Portugal von Sozialdemokraten, Sozialisten und Konservativen bereits ausgeführt. Da nach dem ökonomischen Desaster in Griechenland beide großen Parteien mit ihrem Druck auf die abhängig arbeitende Klasse bei Wahlen nur verlieren könnten, müsse der politische Notstand provoziert werden, damit Papandreou und Samaras in einer großen Koalition des Notstandes mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln staatlicher Gewalt die barbarischen Maßnahmen gegen das Volk durchsetzen könnten. So und ähnlich redeten sich die Widerständigen in Wut, Empörung und Zorn. Die einzige deutschsprachige Zeitung Griechenlands, die "Griechenland-Zeitung", brachte am 1. 6. in ihrem Leitkommentar den Traum der griechischen Großbourgeoisie vom dringend notwendigen Konsens der beiden großen Parteien zum Ausdruck. Dass auf dem Weg zur großen Koalition der politische Notstand provoziert werden soll, verleiht den jüngsten Ereignissen eine neue Qualität. Die griechische Zeitung Risospastis berichtete am 16. Juni in ihrer Ausgabe von einem Treffen des Ministerpräsidenten mit dem Chef der Geheimpolizei. Die Angriffe auf die Demonstranten der PAME seien von verummten Polizisten ausgegangen, wie die

Zeitung durch eigene Recherche nachweisen kann. Die Troika und die Regierenden Griechenlands können mit ihren kapitalkonformen Lösungsvarianten keinen Konsens mit den Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung finden. Der Generalstreik hat neue Bereiche der Beschäftigten in die Streikwelle einbeziehen können. Der Einzelhandel und etliche Großbetriebe wurden verstärkt bestreikt. An den Großkundgebungen und Demonstrationen nahmen landesweit Hunderttausende teil. Durch die neuen Maßnahmen werden bisher noch nicht in ihren Existenzrechten bedrohte Teile der abhängig Arbeitenden und des Einzelhandels in Angst und Ohnmacht getrieben. Ihre Wut und Empörung vervielfachen die Spontanbewegung auf den öffentlichen Plätzen, wenn es vielen Betroffenen zunächst auch ausschließlich um die Rettung der eigenen Haut geht, bei den Älteren freilich auch um die Perspektive ihrer Kinder und Enkel/innen. Die erneute Erhöhung der Steuersätze für kleine und mittlere Einkommen, die neuen indirekten Steuern auf Güter des täglichen Bedarfs heizen den Verarmungsprozess an. Eine faktische Jugendarbeitslosigkeit von etwa 50 Prozent versperrt tausenden Schülern/innen und Jugendlichen eine erfüllte Zukunft. Zugleich bleibt niemandem in der griechischen Bevölkerung verborgen, dass eine kleine Gruppe von Reichen und Superreichen, die sogenannten Plutokraten, selbst in dieser für die Masse der Menschen ausweglos erscheinenden Lage ihren Reichtum deutlich vermehrt hat. Die 350 Milliarden Euro Geldreichtum, die in den zurückliegenden elf Jahren von diesem Bevölkerungsteil zusätzlich privat angehäuft wurden, betrachten die Menschen im Widerstand als Basis für die Bezahlung der Krise. Wer soll denn die zukünftigen gesellschaftlichen Aufgaben Griechenlands finanzieren, wenn das staatliche Eigentum an das internationale Monopolkapital "verschenkt" wird und Millionen von Menschen sich nicht einmal mehr die grundlegenden Mittel der Daseinsvorsorge leisten können, fragen sich zudem die von Arbeitslosigkeit und Lohndumping Bedrohten, während laut Spiegel mehr als 600 Milliarden Euro griechischen Geldkapitals auf Schweizer Banken der griechischen Gesellschaft entzogen werden.

Wenn Frau Merkel davon spricht, dass Deutschland - sie meint das deutsche Monopolkapital - gestärkt aus der Krise hervorgehen müsse, dann lässt sich das durchaus als Nationalismus verstehen. In den Gesprächen der Streikenden und Demonstrant/inn/en tauchen stets die Namen Telekom, RWE, Deutsche Bank oder Postbank auf, wenn der Ausverkauf griechischen Eigentums beklagt wird. Als neue Form von Besatzungspolitik verstehen die Klassenbewussten unter ihnen diese Vorgänge und erinnern insbesondere an die milliardenschwere Schuld der Deutschen Bank gegenüber dem griechischen Volk nach der faschistischen Besatzung während des zweiten Weltkrieges. Hätte es jemals auch nur eine Drachme, DM oder Euro Rückzahlung gegeben? Nicht einmal ein Wort der Entschuldigung für die Verbrechen sei den Nachfahren der Bank über die Lippen gekommen. Gleichwohl habe kein Grieche etwas gegen Deutsche, betonte einer der "Empörten". In Griechenland gebe es keinen Nationalismus, aber entschiedenen Patriotismus, der gegen alle Angriffe auf das Selbstbestimmungsrecht des griechischen Volkes, heute gegen das Diktat der Troika und den Ausverkauf Griechenlands sowie für die Verteidigung der nationalen Souveränität kämpft. Wer diesen Widerstand als Nationalismus abstempelt, ist längst auf der Seite des Finanzkapitals bzw. des Imperialismus gelandet.

U. P.

Eckpunkte einer alternativen Programmatik der KKE: Was will des "Volkes Macht"?

1. Die Krise in Griechenland wurde wie anderswo durch das internationale Finanzkapital verursacht. Die präsentierten Schulden sind nicht die Schulden der griechischen Volksmehrheit. Sie werden ersatzlos gestrichen!
2. Die Herren der Troika werden "nach Hause" geschickt, alle Verträge und Beschlüsse, die das internationale und nationale Kapital begünstigen, die abhängig Arbeitenden hingegen knebeln, für illegal erklärt und aufgehoben.
3. Die "Volksmacht" wird eigene Formen direkter Demokratie der Kontrolle und Verwaltung entwickeln: in den Betrieben und Verwaltungen, in den Kommunen und auch auf der "Straße", nachdem die parlamentarische Stellvertretung des bürgerlichen Parlamentarismus bei mehr als drei Viertel des Volkes die Glaubwürdigkeit verloren hat.
4. Die "Volksmacht" wird die Selbstgestaltungskräfte entwickeln, die reichen Ressourcen des Landes an Arbeitskräften, Rohstoffen, Wissenschaft und Kultur beleben, insbesondere den Wiederaufbau der eigenen Industrie forcieren. Die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und die Arbeitszeit zu reduzieren, steht ganz oben auf der Agenda.
5. Die Militärausgaben für die NATO, für deren Kriegseinsätze und für die Rüstungskonzerne werden gestrichen und in soziale Aufgaben investiert. Freilich wissen griechische Kommunisten/innen trotz ihres historischen Optimismus, dass der Weg der "Volksmacht" keineswegs leicht ist. Er wird ein Weg des Lernens, der Opferbereitschaft, gleichwohl auch wirklicher Solidarität werden.